

Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Er erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Zlotn. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Einzigste älteste und gelesenste Zeitung von Laurahütte-Siemianowiz mit wöchentlichem Unterhaltungsbeilage.

Anzeigen nimmt die Geschäftsstelle dieser Zeitung entgegen. Die achtspaltige Kleinzeile kostet je mm 10 Groschen, auswärtige Anzeigen je mm 12 Gr. Reklame-mm 40 Groschen. Bei geräthl. Beirbeitung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen.

Geschäftsstelle: Siemianowice (Śląskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2
Fernsprecher Nr. 501

Nr. 163 **Mittwoch, den 19. Oktober 1927** **45. Jahrgang**

Neuwahlen im Januar 1928?

Die Parteien fordern die Einberufung des Sejm — Die Regierung droht mit Auflösung zum 25. Oktober

Warschau. Die heutige Morgenpresse ist voll von Gerüchten über den Sejm. Am Montag nachmittag haben die Sejmklubs an die Regierung ein Schreiben gerichtet, in welchem sie die Einberufung der ordentlichen Sejmession fordern. Die von den politischen Parteien auf Grund der Verfassung erzwungene außerordentliche Session, ist bekanntlich auf 30 Tage geschlossen worden, so daß die Einberufung zum 20. Oktober erfolgen müßte. Von Seiten der Regierung ist aber bisher nichts geschehen, um das Parlament, welches jetzt gemäß der Verfassung zur ordentlichen Session zusammenzutreten soll, einzuberufen. Ein der Regierung nahestehendes Blatt verbreitet das Gerücht, daß der Ministerrat sich mit der augenblicklichen Lage beschäftigt habe und daß die Regierung sich mit der Absicht trage, den Sejm vorzeitig und zwar am 25. Oktober aufzulösen, während die Kadenz-

zeit noch bis Ende November läuft. Diese Nachricht hat innerhalb der politischen Parteien eine Konsternation hervorgerufen, weil man annimmt, daß die Regierung wiederum das Parlament brüskieren will. Aber auch bei den Sejmklubs besteht der feste Wille, jetzt eine Entscheidung durchzuführen. Die letzten Tagungen der verschiedensten Parteien, wenden sich alle gegen die Regierung, fordern Neuwahlen und in den gefaßten Beschlüssen ist die Wahlvorbereitung offensichtlich. Komme es zur Auflösung, so würden Neuwahlen im Januar stattfinden.

Bei den am Sonntag in Czestochau, Wozlawek, Nowy Sącz, Brzesce Kujewskie vollzogenen Kommunalwahlen haben die Linksparteien gute Erfolge zu verzeichnen, wobei die Sozialisten ihre Mandatzahl bedeutend erhöhen konnten. Die Listen der Regierungspartei sind ohne Erfolg und haben nur 4 Mandate erringen können.

Ein dringendes Problem

Als vor Wochen auf dem Genfer Minderheitentag die Gefahren hingewiesen wurde, die entstehen können, wenn in der Behandlung der nationalen Minderheiten durch die sogenannten Völkerverträge nicht bald eine entschiedene Wenderung eintritt, war man in Reihen der Staatsmänner geneigt, diese Hinweise als eine Drohung gewisser nie zu befriedigender Unruhehüften in Europa anzusehen. Denn die Federführer in den Kabinetten, die dort alltäglich über die großen politischen Probleme belehrt werden, eiferten sich, den ganzen Kongreß als von irgend einer Seite aufgejogen, um durch Aufrollung des Minderheitenproblems bestimmten Staaten zu schaden, hinzustellen. Gewohnt, für klingende Münze politisch das zu schreiben, was man von ihnen fordert, sehen sie alle Dinge nur mit der Amtsbrille und schreiben, wenn es anders kommt, wie sich ihnen die Welt auf Befehl vorstellt. Ist auch der Kongreß bei welchem nicht das, was man von einer Vereinigung der Minderheiten erwarten darf und fehlt ihm auch, besonders seinen Führern, das Gefühl, daß es neben Sprachen- und Kulturfragen, die die Minderheiten bewegen, auch soziale Probleme gibt, die solche Kongresse lösen, aufrollen und diskutieren müssen, so ist die gegenwärtige Organisation der Minderheiten doch immerhin ein Anfang, jedenfalls in der Idee etwas weit besseres, als die heutige Gestalt des Völkervertrages. Und weil es erst eine Anfangsgründung ist, so wollen wir ihn nicht mit der Sonde scharfer Kritik treffen, sondern abwarten, was er in Zukunft schaffen wird, wenn es auch gewisse diplomatische Kanäle gibt, die ihre Volksgenossen im Ausland dahin beraten, daß sie durch Austritt die Idee als solche sprengen mögen.

Doch nicht die Tagung der Minderheiten steht hier zur Behandlung, sondern ein Problem, welches sie aufgeworfen hat. Die Behandlung der Minderheiten in den einzelnen Ländern birgt Kriegsgefahren in sich und die Staatsmänner wollten es nicht begreifen, bis ihnen die Vorgänge in Litauen und die Auswirkung in Polen am praktischen Beispiel bewiesen, wie leicht um solche Fragen der Krieg entbrennen kann. Daß man Minderheitenprobleme nicht mit Repressalien beschwichtigen kann, hat man sich auch in Warschau überzeugen können und war klug genug, einzurufen und als Beispiel die Repressalien wieder rückgängig zu machen. Gerade die Minderheitsvölker Polens werden diesen Schritt der polnischen Regierung begrüßen, die erkannt hat, daß ein Nachgeben eines größeren Volkes gegen einen kleinen Kläffer viel vernünftiger ist, als auf Geheiß gewisser Etappenhelden mit dem „Sabul zu raseln“. Aber die vorübergehende vernünftige Einlenkung ändert an der Tatsache nichts, daß ein Problem zu lösen ist, welches gerade für Polen von eminent wichtiger Bedeutung ist. Wird man aus dem Wilmastreit etwas lernen oder sich von den Ereignissen treiben lassen? Das ist die sorgenvolle Frage, die wir uns stellen.

Und um die Wirklichkeit noch viel schärfer sprechen zu lassen, muß man auch an die Vorgänge an der bulgarisch-südslowakischen Grenze denken, wo gleichfalls aus einer unverständlichen Behandlung der mazedonischen Minderheit durch Griechen und Jugoslawen seit Jahren ein Kriegsherd vorhanden ist, der nicht eher gelöst oder besser gelöst werden wird, bis die mazedonische Minderheit ihre volle nationale und kulturelle Freiheit erhält, bis man in Athen und Belgrad eingesehen hat, daß die Assimilationspolitik den Brandherd nur vergrößert und durch keinen Terror der Staatsnation nationale Fragen lösen kann. Erst wenn die Mazedonier von ihren Bedrückern erlöst werden, wozu es durchaus nicht der Schaffung eines neuen sogenannten „Nationalstaates“ bedarf, sondern einer Regelung der Minderheitsfrage in Mazedonien erst werden die heutigen Grenzüberfälle aufhören. Aber man will assimilieren, Nationen auslöschen und darum die ewigen Wirren auf dem Balkan. Gewiß soll der politischen und wirtschaftlichen Probleme auf dem Balkan auch gedacht werden, aber die nationale Frage spielt doch die ausschlaggebende Rolle, die die „Innermazedonische Revolutionäre Organisation“ zu Komitatistentaaten hinreißt läßt. Ähnlich wie auf dem Balkan sieht es auch in anderen Teilen Europas aus, auf die wir nicht im Einzelnen eingehen wollen.

Aber kehren wir nach Polen zurück. Uebersehen wir hier, wie es mit der Minderheitsfrage bestellt ist. Bei näherer Betrachtung ergibt sich, daß sich die Verhältnisse von Jahr zu Jahr immer mehr zuspitzen, statt daß wir es erleben, daß die Regierung an die Lösung der Minderheitsfrage herantritt. Wir wollen nicht immer auf dem Klepper Verfassung herumreiten; denn wir haben ja im nächsten Jahres erleben können, daß Verfassungsfragen eben Machfragen sind. Aber es kommt immer darauf an, wer

Berscharfte Streifflage in Mitteldeutschland

90 Prozent der Belegschaft im Ausstand — Weitere Ausdehnung wird erwartet — Bisher ruhiger Verlauf — Zusammentritt der Bergarbeiter-Internationale

Halle. Nach den Uebersichten, die bei der Zentral-Kreisleitung von den einzelnen Bezirkskreisleitungen eingegangen sind, streiken in Mitteldeutschland ungefähr 90 Prozent der Braunkohlenbergarbeiter, die restlichen 10 Prozent seien nur Hilfsarbeiter.

Nachdem bei den einzelnen Landratsämtern sowie bei der Regierung in Merseburg eingegangenen Auskünften ist es bisher im ganzen mitteldeutschen Braunkohlenrevier zu ersteren Zwischenfällen im Verlauf der Streikbewegung nicht gekommen. Die Lage wird von der Regierung als durchaus ruhig bezeichnet.

Die Streiklage gibt auch für die Nacht nicht ein wesentlich verändertes Bild.

Auf der im W-Farbenindustrie gehörenden Grube „Martha“ hat die Kreisleitung durch Ausschlag eine Treuprämie von fünf Mark pro Mann und Schicht für Aufrechterhaltung der Arbeit zugesagt.

Zusammentritt der Internationale

Berlin. Wie die Morgenblätter berichten, wird der Exekutivauschuß der Bergarbeiter-Internationale am 20. 10. in

Warschau zusammentreten, um zu der Streiklage im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau Stellung zu nehmen.

Rauscher unterhandelt mit Ewald

Vor Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen?

Danzig. Am Sonnabend traf der deutsche Gesandte in Warschau, Rauscher, in Danzig ein. Da gleichzeitig auch Staatssekretär a. D. Ewald der Leiter der deutschen Delegation bei den Handelsvertragsverhandlungen mit Polen in Danzig weilte, so ist der Aufenthalt der beiden Herren zu einer Aussprache über die aktuellen Fragen der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen benützt worden. Staatssekretär Ewald betonte Pressevertretern gegenüber, daß über eine Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen im Augenblick noch nichts genaues gesagt werden könne. Da aber anscheinend auf polnischer Seite eine Geneigtheit besteht, den Zollkrieg zu beenden, werde die Reichsregierung in kürzester Zeit die Grundlagen für die Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen regeln.

Eine Antwort an Westarp

Die Ziele der Sozialdemokratie.

Köln. Als Auftakt für den kommenden Wahlkampf hielt am Sonntag die Sozialdemokratie Kölns eine stark besuchte Versammlung ab, in der Reichstagsabgeordneter Sollmann und der frühere preußische Staatsminister Engelke sprachen. Sollmann äußerte sich zur Außenpolitik dahin: Er wisse, daß man in Frankreich die Verständigung wolle. Sogar Poincaré wolle sie. Am besten wäre es, wenn die Generale des Krieges über die Kriegsschuldfrage schweigen würden. Anerkennung der jetzigen Westgrenze durch Deutschland und endgültiger Verzicht des französischen Imperialismus auf die Rheingrenze seien Kernprobleme zwischen Deutschland und Frankreich. Der frühere preußische Innenminister Sepering ging auf die Weidungsanfrage und das Reichschulgesetz ein und erklärte zum Schluß, die Lösung der Sozialdemokratie bei den Wahlen sei Einheitsstaat bis zu dessen Verwirklichung, Verwaltungsreform und Verwaltungsrationalisierung sowie Ausbau sozialer Postulate der Weimarer Verfassung.

Pariser Presseheße gegen den neuen Botschafter

Paris. Der neue russische Botschafter Dowgalewski ist noch nicht in Paris eingetroffen, und schon hat die nationale politische Presse mit einer heftigen Propaganda gegen die Person des Botschafters begonnen. Der „Avenir“ schreibt, man wüßte nicht genau, was Dowgalewski für ein Landsmann sei. Sicher sei nur, daß er nicht gut russisch spreche. Das hätten die Japaner feststellen können, als er anlässlich des russisch-japanischen Institutes in Tokio eine Rede hielt. Dowgalewskis Spezialität sei die Bildung der sogenannten kommunistischen Quellen. Zweifellos wäre er sehr bald aus Japan ausgewiesen worden, wenn nicht seine Versetzung gekommen wäre.



Yanguas

der Präsident der plötzlich zusammengetretenen spanischen Nationalversammlung.

Die Spionagefurcht in Moskau

London. Der „Evening Standard“ meldet, daß neben anderen der Sekretär der früheren Britischen Mission in Moskau unter der Anklage der Spionage und des Verkaufes militärischer Geheiminformationen verhaftet wurden. Alle sollen, so schreibt das Blatt, in Kürze vor dem Militärgericht abgeurteilt werden. Der frühere britische Geschäftsträger in Moskau, Sir Robert Hodgkin erklärte, daß die Nachricht, soweit sie sich auf den Sekretär der britischen Mission bezieht, unrichtig sei, da dieser zusammen mit den übrigen Mitgliedern der Mission nach England zurückgekehrt ist und seiner Großbritannien nicht wieder verlassen hat.

